

Zeitschriften-Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **68 (1976)**

Heft 6

PDF erstellt am: **15.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

ist, dass der luxemburgische Gewerkschaftsbund seinen bisherigen Präsidenten, den 45jährigen ehemaligen Metallarbeiter *Martin Hinterscheid*, zur Übernahme der Funktion des *EGB-Generalsekretärs* freigegeben hat. Mit seinem vom Kongress gewählten Stellvertreter *Sven Erik Sterner* tritt die schwedische Angestelltenzentrale *Tjänstemännens Centralorganisation* – eine eigene, nicht dem Schwedischen Gewerkschaftsbund angeschlossene Landeszentrale – zum ersten Mal mit einem Vertreter auf die europäische Szene. *Hinterscheid* und *Sterner* gehören jedenfalls zu den dynamischsten in der jüngeren Generation der europäischen Gewerkschaftsfunktionäre.

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Diskussion um das neue Grundsatzprogramm des DGB

Der letzte Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat im Mai 1975 beschlossen, ein neues Grundsatz- und Aktionsprogramm vorzubereiten. In diesem Zusammenhang widmen die «*Gewerkschaftlichen Monatshefte*» (Köln) ihre nächsten Nummern der geschichtlichen Entwicklung der gewerkschaftlichen Programmatik, versuchen neue Probleme der Einzelgewerkschaften und Personengruppen herauszuarbeiten, die Diskussion um grundsätzliche Positionen der Gewerkschaften in anderen Ländern zusammenzufassen und einige Grundprobleme gewerkschaftlicher Politik aufzuzeigen.

In der April-Nummer der «*Gewerkschaftlichen Monatshefte*» kommen als erstes die Vertreter der Parteien und der Arbeitgeberverbände zu Worte, wobei allerdings von der Redaktion betont wird, dass dies nicht zu bedeuten hat, dass diese Organisationen den Spielraum der gewerkschaftlichen Autonomie bestimmen. Dies betont auch der Verfasser des ersten Beitrages, *Heinz O. Vetter*, schreibt er doch: «Der DGB ist in seiner Willensbildung unabhängig, er findet seine Ziele autonom, er artikuliert die Arbeitnehmer-

interessen selbständig.» Dem einführenden Beitrag *Vetters* folgt unter der Überschrift «Die Rolle der Gewerkschaften aus der Sicht der Arbeitgeber» eine Stellungnahme des Präsidenten der Deutschen Arbeitgeberverbände, *Hanns Martin Schleyer*. Er plädiert dabei für die parteipolitische Neutralität der Arbeitgeber und der Gewerkschaften und warnt gleichzeitig vor der «Gefahr des Gewerkschaftsstaates». Der Generalsekretär der CDU, *Kurt H. Biedenkopf*, hat es übernommen, die «Perspektiven, Möglichkeiten und Grenzen gewerkschaftlicher Politik – aus christlich-demokratischer Sicht «zu beleuchten. In dieser Arbeit wird sehr viel von Gemeinwohl und Gemeinschaft gesprochen, ohne aber diese Begriffe etwas genauer zu definieren. Die FDP ist bei dieser Diskussion durch ihren stellvertretenden Bundesvorsitzenden, *Wolfgang Mischnik* vertreten, der sich zur «Liberalen Gewerkschaftspolitik» äussert. Den Abschluss des Heftes bildet als Dokumentation das «Grundsatzprogramm des DGB» aus dem Jahre 1963. Das vorliegende Heft dürfte auch dem schweizerischen Gewerkschafter wertvolle Denkanstösse vermitteln, obwohl durch das Bestehen einer Einheitsgewerkschaft in der BRD die Probleme etwas anders gelagert sind.

Warum streiken die Italiener so oft?

In einem populär gehaltenen Beitrag zieht Franz Senghofer in Heft 5 der österreichischen Monatsschrift der Gewerkschaften *«Arbeit und Wirtschaft»* (Wien) gegen die oberflächlichen Argumente seiner Landsleute – es könnten auch Schweizer sein – zu Felde, die sich immer wieder über die vielen Streiks in Italien ereifern. Er stellt dabei fest, dass die grosse Zahl von Streiks in Italien (136 Millionen Arbeitsstunden-Ausfall im Jahr 1974, in Österreich fielen im gleichen Zeitraum 57 948 Arbeitsstunden aus) auf zwei Ursachen zurückzuführen ist, erstens eine gewerkschaftstechnische und zweitens eine gesellschaftspolitische.

Als erstes stellt der Autor fest, dass die italienischen Arbeiter nicht in den Genuss einer Streikunterstützung kommen. Für sie ist jeder Streik ein Einkommensverlust. Vieles, was in sozial fortgeschrittenen Staaten durch die Gesetzgebung geregelt ist, müssen die Italiener noch mit dem Mittel des Streiks erkämpfen. Dazu kommt noch, dass das italienische Lohnniveau noch bis vor kurzem das zweitniedrigste der westeuropäischen Länder war. Einer der wichtigsten Gründe für die oft harten Lohnkämpfe liegt in den traditionell extremen Klassenunterschieden. Senghofer zeigt hier anhand von Vergleichen zwischen der Ernährungslage in Italien und in Österreich auf, wie schlecht es um diejenige breiter italienischer Bevölkerungsschichten steht. Die italienischen Gewerkschaften setzen das Mittel des Streiks auch ein, um die Regierung zu zwingen, wirksame Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu ergreifen.

Klar arbeitet der Autor heraus, dass das, was Italien heute braucht, eine handlungsfähige Regierung mit klarer Mehrheit ist. «Die DC allein besitzt sie nicht. Sozialisten und Sozialdemokraten wollen mit der DC nicht mehr mitmachen, um der Kompromittierung zu entgehen. Als alleinig geeignete Alternative betrachtet sich die zweitstärkste, die kommunistische Partei.»

Hinweise

In der April-Nummer der Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens *«Osteuropa»* (Stuttgart) untersucht Udo Steinbach

auf Grund von Wandlungen und Konstanten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre «Moskaus Stellung im arabischen Nahen Osten». Ergänzend zu diesem Beitrag behandelt Kurt Seliger die Geschichte und Konflikte der beiden kommunistischen Parteien Israels «RAKACH» und «MAKI». Trotz der zahlenmässigen Schwäche dieser beiden kommunistischen Parteien ist ihre Entwicklung für die Zukunft der internationalen kommunistischen Bewegung von einiger Bedeutung, spiegelt dieser Konflikt doch viele Symptome der Auseinandersetzungen in den kommunistischen Parteien der ganzen Welt wieder. Dies zeigt sich auch darin, dass die beiden Parteien Israels die Unterstützung ganz verschiedener kommunistischer Landesparteien geniessen.

Die *«Frankfurter Hefte»* haben ihre April-Nummer als «Sonderheft Bundesrepublik» konzipiert. Es wird eingeleitet durch zwei Grundsatzbeurteilungen, so durch Eugen Kogons Beitrag «Die kommerzialisierte Gesellschaft» und durch eine Arbeit von Erich Kirby, mit dem Titel: «Ein langweiliger und gefährlicher Staat». Es folgt eine reiche Palette von teilweise sehr informativen Beiträgen, von denen an dieser Stelle nur einige erwähnt werden sollen: Walter Dirks: «Die Arbeit und die Christen»; Helmut Gollwitzer: «Die evangelische Kirche und unser Staat»; Helmut Rohde: «Bildungspolitik als Zukunftssicherung»; Walter Weymann-Weyhe: «Der Mangel an philosophischer Orientierung im Lande Kants und Hegels»; Eberhard Gross: «Randgruppen in der Bundesrepublik» und Theo Pirker: «Die unangebrachte politische Zurückhaltung der Gewerkschaften».

Die zweimonatlich in Westberlin erscheinende *«Alternative»* (Nummer 107) berichtet über die «Erprobung des brechtschen Lehrstückes 'Die Ausnahme und die Regel'» durch Arbeiter eines Stahlwerkes in Treni (Umbrien), die ihren gewerkschaftlich erkämpften Bildungsurlaub darauf verwandten, dieses Stück zur Aufführung zu bringen. Nachdem Brecht immer mehr zum Klassiker des Bildungsbürgertums geworden ist, ist es verdienstvoll, dass *«Alternative»* ausführlich über eine Aufführung berichtet, die eindeutig zeigt, dass Brecht von seinem politischen Sprengstoff nichts verloren hat.